

FDP Liederbach am Taunus

SNIPPET AUS HÖCHSTER KREISBLATT VOM 02.MAI 2023 – „DÜRFEN SICH PARTEIEN AN FESTEN BETEILIGEN?“

02.05.2023

Dürfen sich Parteien an Festen beteiligen?

Streitfrage in der Gemeindevertretung

Liederbach – Es kommt in der Gemeindevertretung immer mal wieder vor, dass die Sitzung an sich mehr oder weniger reibungslos verläuft, es unter dem Punkt „Verschiedenes“ dann aber Diskussionen und Kritik gibt. So auch am vergangenen Donnerstagabend. Das Treffen war zuvor politisch sehr friedlich verlaufen, wichtige Themen wie eine Baumschutzsatzung in die Ausschüsse verwiesen worden (Berichte folgen). Es blieb es auch. Aber die FDP hatte sich für den Abschluss noch ein kniffliges Thema „aufgehoben“. Fraktionschef Ralph Solveen störte sich schon sehr daran, dass die Partei nicht mit einem Stand am Internationalen Straßenfest am 17. Juni teilnehmen dürfe. Das habe die Gemeinde in einem Schreiben mitgeteilt.

Vorgehen „traurig und erstaunlich“

Er nannte das Vorgehen „erstaunlich und traurig“. Es seien bei den Festen nur die Parteien ausgeschlossen, so Solveen. „Wir sind auch ein Verein, wir engagieren uns auch im Ort“, verglich er. Und beim Weihnachtsmarkt, wo die FDP durch ein „Schlupfloch“ ausnahmsweise doch teilnehmen konnte, „haben es die Leute auch überlebt, unter dem FDP-Schirm zu stehen“. Wer bei solchen Veranstaltungen „Wahlkampf macht, ist selber schuld“, fand Solveen. Aber auch die Liberalen wollen eben mit den Bürgern ins Gespräch kommen. Der Fraktionschef wünschte sich, der Gemeindevorstand könnte diese Regelung noch einmal überdenken.

Auf Prüfstand im Gemeindevorstand

in Liederbach wie das Straßenfest und der Weihnachtsmarkt seien „immer schön, und die Bürger genießen es“. Und es sei außerdem „schön, wenn sie nicht parteilich geprägt“ seien. Jeder politischen Gruppierung stehe es ja frei, eigene Veranstaltungen auf die Beine zu stellen, regte die Bürgermeisterin an. Das Vorgehen der Kommune habe ihren „guten Grund, und wir sind immer gut damit gefahren“. Die Verwaltung habe nie Probleme, bei den Feiern die Stände zu besetzen. Auch gewerbliche Anbieter von außerhalb seien dort nicht dabei.

Söllner erinnerte noch an politische Ausnahmen: Jugendorganisationen der Parteien wurden zugelassen. Dann habe sich plötzlich eine junge FWG gegründet, um dort teilnehmen zu können, erinnerte sie. Deren Fraktionschef Thomas Kandziorowsky bestätigte das, blickte aber wiederum zurück auf seine Anfänge bei der Jungen Union mit einem Stand beim Straßenfest, was ja erlaubt war. Da habe es nicht nur „leckeres Bier“ gegeben, sondern es sei „eine Belebung des Straßenfestes“ gewesen – ganz ohne Wahlwerbung.

Gemeinsamer Stand vom Parlament?

Deswegen sprach sich auch der FWG-Vorsitzende im Parlament nun dafür aus, die Regelung noch einmal zu überdenken. Und im Zweifel bot Kandziorowsky der FDP schon mal Unterstützung: Dann könnte ja seine Liederbacher Hausverwaltung einen Stand betreiben... Einen ganz anderen Vorschlag hatte SPD-Fraktionschefin Nicole Dittmar. Es habe ja mal einen Antrag gegeben, um

